GEULEN & KLINGER

Rechtsanwälte

Dr. Reiner Geulen
Dr. Remo Klinger

10719 Berlin, Schaperstraße 15

Telefon: +49 / 30 / 88 47 28 - 0

Telefax: +49 / 30 / 88 47 28 - 10

e-mail: klinger@geulen.com

<http://www.geulenklinger.com>

24. April 2010

„Umweltzonen alle ungültig?“ Vermerk zur Einhaltung des sog. Zitiergebots bei Novellierung der StVO

Die Verkehrszeichen, mit denen die Umweltzonen beschildert werden, beruhen auf den Verkehrszeichen 270.1 und 270.2 (mit jeweiligen Zusatzzeichen) zu § 41 Abs. 1 StVO.

Nach Art. 80 Abs. 1 Satz 3 GG ist bei Erlass einer Rechtsverordnung die Rechtsgrundlage in der Verordnung anzugeben (sog. „Zitiergebot“). Verstöße gegen das Zitiergebot führen in der Regel zur Nichtigkeit der Verordnung; die Rechtsprechung hat in Einzelfällen Ausnahmen von der Nichtigkeitsfolge zugelassen.

Die Zeitschrift „Auto-BILD“ berichtet in ihrer Ausgabe vom 23.04.2010, dass im dafür zuständigen Bundesministerium geprüft werde, ob die Verordnung, die Grundlage der Umweltzonen-Verkehrszeichen ist, gegen das Zitiergebot verstößt. Die Umweltzonen stünden „auf der Kippe“. Die Frage war daraufhin Gegenstand der Regierungspressekonferenz vom 23.04.2010. Der Sprecher des Ministeriums teilte mit, dass die Prüfung noch nicht abgeschlossen sei.

In rechtlicher Hinsicht gilt Folgendes:

Die Einführung der Umweltzonen-Verkehrszeichen beruht erstmals auf der „Verordnung zum Erlass und zur Änderung von Vorschriften über die Kennzeichnung emissionsarmer Kraftfahrzeuge“ („Kennzeichnungsnovelle 2006“, BGBl. I 2006, 2218).

Bei dieser Verordnung ist kein Verstoß gegen das Zitiergebot festzustellen. Die entsprechenden Rechtsgrundlagen im StVG sind korrekt angegeben.

Anders ist es jedoch bei der Sechsendvierzigste Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften vom 5. August 2009 („Schilderwaldnovelle 2009“, BGBl. I 2009, 2631). In dieser Verordnung sind die Umweltzonen-Verkehrszeichen nochmals aufgenommen worden. Die Rechtsgrundlage ist nicht korrekt wiedergegeben worden, da statt § 6 Abs. 1 Nr. **5a** StVG der § 6 Abs. 1 Nr. **5b** StVG zitiert wurde. Dies ist falsch, da § 6 Abs. 1 Nr. 5b StVG nur eine Rechtsgrundlage für Verordnungen zu Beschränkungen bei austauschbaren Wetterlagen (sog. „Ozon-Verordnungen“) liefert.

Ob dieser Fehler (Buchstabe b) statt Buchstabe a)) für sich genommen zur Nichtigkeit der Verordnung führt, ist bereits fraglich. Denn nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts führt eine bloße Verwechslung der Rechtsnormen nicht zu einer unmittelbaren Nichtigkeit (BVerwG, Urt. v. 25.09.2008 – 3 C 8/07 – juris Rdnr. 22).

Letztlich kann dies jedoch dahinstehen.

Denn selbst, wenn die Schilderwaldnovelle 2009 nichtig wäre, führt dies dazu, dass die alte Rechtslage wiederauflebt. Es gilt dann die StVO in der Fassung der Kennzeichnungsnovelle 2006. In dieser sind die Umweltzonen-Verkehrszeichen ohne Verstoß gegen das Zitiergebot enthalten.

Der einzige wesentliche Unterschied zwischen der Kennzeichnungsnovelle 2006 und der Schilderwaldnovelle 2009 besteht (in Bezug auf die Umweltzonen-Verkehrszeichen) darin, dass mit der Novelle 2009 die Beschreibung des Umweltzonen-Verkehrszeichens klargestellt wurde.

In der Novelle 2006 hieß die Beschreibung: „Beginn eines Verkehrsverbots zur Verminderung schädlicher Luftverunreinigungen in einer Zone“, was sprachlich von der Wortstellung her missglückt war, da sich der Begriff „Zone“ vor allem auf das Verkehrsverbot (und nicht auf die Luftverunreinigungen) beziehen sollte. Rechtlich war dies nicht erheblich, da der Text ausführlich erläutert, worum es bei dem Verbot geht.

Mit der Novelle 2009 wurde eine bloße sprachliche Klarstellung vorgenommen. Es heißt nunmehr zur Beschreibung des Schildes: „Beginn einer Verkehrsverbotszone zur Verminderung schädlicher Luftverunreinigungen.“

Selbst wenn diese Novelle nichtig sein sollte, wirkt es sich wegen der bloßen Klarstellungsfunktion der Novelle auf die Rechtmäßigkeit der Umweltzonen-Verkehrszeichen nicht aus: Sie sind ohne Einschränkungen gültig.

gez. Dr. Remo Klinger